

Seniorenbeirat Protokoll der 23. Sitzung am 11. Juni 2012

Anwesend die Damen und Herren
Frau Bruhns
Frau Grohs
Herr Kindermann
Herr Lankisch
Herr Mix
Herr Möller
Herr Mohr
Herr Semper
Frau Struensee

Herr Globig
Herr Plessen

Aus der Verwaltung die Herren Feußner, Rickert, Voß

In der der Bürgerfragestunde vorbehaltenen Zeit werden mangels aktueller Anfragen die Eindrücke aus dem Besuch im Haus „Fürst Bismarck“ ausgetauscht.

TOP 1: Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden; die vorgeschlagene Tagesordnung wird festgesetzt.

TOP 2: Die Protokolle der Sitzungen vom 16.4. und 14.5. 2012 werden genehmigt

TOP3: Gespräch über einzelne Punkte der Umfrage „Ältere Menschen als Verbraucher“
Im Einzelfall sind wenig konkrete altersbedingte Benachteiligungen greifbar; gleichzeitig sind sich alle Anwesenden der Notwendigkeit bewusst, dass bei allen Planungen und allen Neueinrichtungen sowie den Informationen darüber bedacht sein will: unsere Gesellschaft wird immer älter. Das macht den Verzicht auf alle nicht unbedingt nötigen Schwellen – nicht nur beim Bauen, sondern in allen Lebensbereichen – erforderlich. Es gilt, den Zugang zu Wohnraum, öffentlichen Versammlungsräumen, Erlebnisräumen, Denkräumen grundsätzlich für alle barrierefrei zu gestalten oder entsprechend umzurüsten. Der Prozess von Bewusstseinsbildung und Werben um Einsicht in die angedeuteten Zusammenhänge birgt gerade im Bausektor – bedingt durch Ortsferne z.B. mancher Wohnungsbaugesellschaften – erhebliche Schwierigkeiten in sich, zumal in Verhandlungen mit einseitig profitorientierten Unternehmen.

Auch ohne konkrete Einzelbenachteiligungen ist es dringend nötig, das öffentliche Bewusstsein sowie die politisch Verantwortlichen immer wieder für die Begleiterscheinungen des demografischen Wandels zu sensibilisieren.

TOP 4: Der Vorsitzende und der Bürgermeister unterrichten über die Antwort des Petitionsausschusses zum Thema kassenärztliche Versorgung. Dort heißt es, dass aufgrund eines Versorgungsgrades von mehr als 110% im zur Rede stehenden Planungsbereich das Petitionsverfahren abgeschlossen wird.

Nach Einschätzung des Vorsitzenden ist mit der Feststellung der Überversorgung das eigentliche Problem - Nachvollziehbarkeit der Kriterien bei der Zulassung von Fachärztlichen Praxen und deren geografische Verteilung durch die kassenärztliche Vereinigung - gar nicht aufgenommen, geschweige denn bearbeitet worden.

Der Vorsitzende und die Protokollantin wollen versuchen, das in einem gesonderten Schreiben erneut anzugehen. (Antw. des Pet.aussch. liegt der Urschrift des Prot. bei.)

TOP 5: Für Sonnabend, 8. Sept., wird im Zusammenhang mit dem Jubiläumsjahr ein Seniorennachmittag geplant. Er soll von 15.00-18.00 im Herrenhaus stattfinden. Der Stadtarchivar, Herr Lopau, hat sich bereit erklärt, einen Vortrag zur Ratzeburger Geschichte zu halten, außerdem soll über die verschiedenen Formen der Seniorenarbeit in der Stadt informiert werden.

Vorbereitung: Entwurf und Verteilung eines Einladungsfaltblattes mit Programmhinweis, Frage nach Unterstützungsbedarf bei Transport und vor Ort (Rollstuhlfahrer, Gehhilfe), Bitte um Kuchenspende, Anmeldung zur Teilnahme.

TOP 6: Der Seniorenbeirat schließt sich dem gemeinsamen Antrag aller Kreistagsfraktionen „Der Kreis ist bunt – gib Rechtsradikalen keine Chance“ an. (liegt der Urschrift des Protokolls bei.)

TOP 7: Bei den Marktgesprächen der beiden letzten Monate wurde wiederholt das Thema öffentlicher Toiletten in RZ beklagt, diesmal vor allem im Blick auf das Anglerheim. Dort muß die Drahtglasscheibe erneuert werden. Da das ganze Toilettenhäuschen abgängig ist, wird auch nicht mehr gemacht. Dafür soll am Aqua Siwa eine komplette neue Toilettenanlage errichtet werden.

In der Nähe FA/ Burgtheater ragen kleine Schachtdeckel über das Fußgängerniveau und bilden eine Stolpergefahr. Das Bauamt wird gebeten, für Abhilfe zu sorgen. (Gesprächsnotiz liegt der Urschr. Des Protokolls bei.)

TOP 8: Die Straßenschilder „Süsser Grund“ und „Stinkbüdelsgang“ sind zu wiederholten Mal gestohlen worden.

An dem Pferd am Ratsteich ist ein erklärendes Schild angebracht worden.

Der Moltke-Stein in Waldesruh ist freigeschnitten worden.

TOP 9:

Am 21.6. tagt der Kreissenorenbeirat.

Für das Marktgespräch am 26.6. halten sich Herr Globig, Frau Grohs und Herr Mohr bereit. Die nächste Sitzung ist für den 9.7.2012 angesetzt.

Ende der Sitzung: 16,46 Uhr.



DEUTSCHER BUNDESTAG
Petitionsausschuss

11011 Berlin, 16.05.2012
Platz der Republik 1

Pet 2-17-15-2121-032597
(Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Fernruf (030) 227-37850
Telefax (030) 227-36130

Herrn
Klaus-Jürgen Mohr
Möllner Str. 53

23909 Ratzeburg

Betr.: Ärzte
Bezug: Mein Schreiben vom 17.01.2012
Anlg.: - 1 -

Sehr geehrter Herr Mohr,

im Auftrag der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Frau Kersten Steinke, MdB, übersende ich Ihnen die zu Ihrer Eingabe angeforderte Stellungnahme des Bundesministeriums für Gesundheit vom 05.03.2012 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Nach Auffassung des Ausschussdienstes sind die Ausführungen des Fachministeriums, auf die ich zur Vermeidung von Wiederholungen verweise, nicht zu beanstanden.

Im Hinblick auf das dargestellte Ergebnis möchte ich das Petitionsverfahren abschließen. Ich bitte, die lange Bearbeitungsdauer zu entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



(Frau Eiardt)



Bundesministerium für Gesundheit, 11055 Berlin

Deutscher Bundestag
- Petitionsausschuss -
Platz der Republik 1
11011 Berlin

REFERAT	224
BEARBEITET VON	Dr. Sven Heinrich
HAUSANSCHRIFT	Friedrichstraße 108, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT	11055 Berlin
TEL	+49 (0)30 18 441-2246
FAX	+49 (0)30 18 441-4667
E-MAIL	svn.heinrich@bmg.bund.de
INTERNET	www.bundesgesundheitsministerium.de

Bonn, den 05. März 2012

AZ 224-45-Mohr/12

Ärzte;

Eingabe des Herrn Klaus-Jürgen Mohr, 23909 Ratzeburg vom 9. Januar 2012

Ihr Schreiben vom 19. Januar 2012

Pet.-Nr.: 2-17-15-2121-032597

Zu der o. a. Eingabe wird wie folgt Stellung genommen:

Der Petent fordert, vor dem Hintergrund eines nach eigenen Angaben außergewöhnlich hohen Anteils an Menschen über 65 Jahren vor Ort die Zulassung eines neuen Hautarztes in der Kreisstadt Ratzeburg.

Ausgehend von den Vorgaben der derzeitigen Bedarfsplanung für die vertragsärztliche Versorgung ist die hautärztliche Versorgung im Planungsbereich Herzogtum Lauenburg mit der Kreisstadt Ratzeburg insgesamt als recht gut zu bezeichnen. Nach den Zahlen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (Stand: Frühjahr 2011) weist dieser Planungsbereich einen Versorgungsgrad von mehr als 110% aus und gilt deshalb als überversorgt. Er ist damit grundsätzlich für Neuzulassungen gesperrt. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz gilt dann, wenn die in der Bedarfsplanungs-Richtlinie (BPL-RL) des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) festgelegten Voraussetzungen für eine sog. Sonderbedarfszulassung gegeben sind (vgl. § 101 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V)). Ob diese Voraussetzungen vorliegen, ist bei Vorliegen eines entsprechenden Antrages auf Erteilung einer Sonderbedarfszulassung durch den paritätisch besetzten Zulassungsausschuss (§ 96 SGB V) zu beurteilen.

Hinzuweisen ist im Übrigen auf das am 1. Januar 2012 in Kraft getretene Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-VStG):

Zur Sicherstellung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und möglichst wohnortnahen medizinischen Versorgung verfolgt dieses Gesetz insbesondere auch das Ziel, eine zielgenauere, dem aktuellen Versorgungsbedarf angepasste Bedarfsplanung zu ermöglichen. Dies schließt die hautärztliche Versorgung auch unter Berücksichtigung des demographischen Wandels mit ein.

Nach § 101 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 des SGB V ist es Aufgabe des von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, der Deutschen Krankenhausgesellschaft und dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen nach § 91 SGB V gebildeten G-BA die Verhältniszahlen für den allgemeinen bedarfsgerechten Versorgungsgrad (Einwohner-Arzt-Relation) anzupassen, wenn dies zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung erforderlich ist.

Mit dem GKV-VStG ist u.a. vorgesehen, dass der G-BA in seiner BPL-RL die Anpassung der Verhältniszahlen für den allgemeinen bedarfsgerechten Versorgungsgrad für alle Arztgruppen künftig allein nach sachgerechten Kriterien und nicht mehr stichtagsbezogen vornehmen soll. Als sachgerechte Kriterien für die Anpassung der Verhältniszahlen kommen über die nunmehr gesetzlich ausdrücklich vorgegebene Demographie hinaus auch weitere Faktoren in Betracht, die Auswirkungen auf den tatsächlichen Versorgungsbedarf haben (z.B. Sozialstruktur der Bevölkerung, die räumliche Ordnung im Planungsbereich und die vorhandenen Versorgungsstrukturen).

Um darüber hinaus den Versorgungsbedarf vor Ort noch besser abbilden und auch regional unterschiedlich auftretenden Wartezeiten besser begegnen zu können, ist im GKV-VStG zudem geregelt, dass bei der Aufstellung des Bedarfsplanes auf Landesebene von der BPL-RL des G-BA abgewichen werden kann. Ergibt sich insbesondere aus der regionalen demographischen Entwicklung und der Morbiditätsstruktur der Versicherten z.B. ein spezifischer oder überdurchschnittlicher hautärztlicher Versorgungsbedarf, können z.B. abweichende Verhältniszahlen für diese Arztgruppe festgelegt werden. Darüber hinaus wurde der Auftrag an den G-BA, in der BPL-RL Vorgaben für die oben bereits erwähnte ausnahmsweise Besetzung zusätzlicher Vertragsarztsitze in einem üerversorgten Planungsbereich (Sonderbedarfszulassung) zu treffen, sprachlich präziser gefasst und erweitert.

/ Die Petition sowie eine Kopie dieses Schreibens sind beigelegt.

Im Auftrag


Christian Weck

Kreis Herzogtum Lauenburg
Der Landrat

BESCHLUSSAUSZUG

17. Sitzung des Kreistages des Kreises Herzogtum Lauenburg vom
15.03.2012

zu 13.10. Der Kreis ist bunt - Gib Rechtsradikalen keine Chance
- gemeinsamer Antrag aller Kreistagsfraktionen -

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, dem gemeinsamen Antrag aller Kreistagsfraktionen zuzustimmen:

1. Der Lauenburgische Kreistag verurteilt den Versuch neonazistischer Gruppierungen, durch einen neuerlichen Aufmarsch zum Jahrestag der Bombardierung Lübecks am 29. März 1942 das Leid der damals betroffenen Bevölkerung für eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren und zugleich den Versuch zu unternehmen, die nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren.

2. Der Kreistag stellt fest, dass ein klares Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Staates und ein aktives Engagement zugunsten unseres bürgerlichen Gemeinwesens geeignet sind, politischem Radikalismus in all seinen Erscheinungsformen wirksam entgegenzutreten. Wenn sich möglichst viele Menschen in Schleswig-Holstein durch ihren Einsatz in Parteien und Verbänden, Vereinen und Initiativen in der Mitte der Gesellschaft positionieren, können sie einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, politischem Extremismus die Grundlage zu entziehen.

3. Der Kreistag spricht sich darüber hinaus gegen Rechtsextremismus aus und lehnt jede Form von Rassismus, Faschismus und rechter Gewalt entschieden ab. Unabhängig von Verboten einzelner Demonstrationen begrüßen wir das breite zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und fordern alle Einwohner auf, sich aktiv und jederzeit jeder Form von Rechtsextremismus, Faschismus sowie Rassismus entgegen zu stellen.

4. Der Kreistag dankt ausdrücklich unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die immer wieder unter schwierigsten Bedingungen das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit geschützt, mögliche Ausschreitungen unterbunden sowie Leben und Gesundheit in ihrem Dienst an unserem Gemeinwesen eingesetzt haben. Ihre Arbeit verdient höchste Anerkennung.

5. Der Kreistag würdigt den Ermittlungserfolg der Polizei, der es ermöglicht gegen die Täter der rechtsradikalen Schmierereien sowie der Drohungen gegen das menschliche Leben in Ratzeburg und Mölln nun ein Strafverfahren zu eröffnen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

RZ Bündnis gg. Rechts
ML Mitbestimmung leben

Herrn Mohr zur Kenntnis und weiteren Bearbeitung

Marktgespräche am 24.4.2012

- Punkt 1: In einigen Bussen fehlen die Piktogramme

- Punkt 2: Das Absenken der Busse an den Haltestellen klappt immer noch nicht

- Punkt 3: Am Markt hängen die Fahrpläne in den Schaukästen noch zu hoch

- Punkt 4: Der Gehweg in der Saarlandstrasse ist uneben und für Seniorinnen und Senioren, die auf Gehhilfen angewiesen sind, gefährlich.

27.4.2012

Liane Bruhns